BRUCHSTELLEN ABC

Monatliches Infoblatt des Anarchist Black Cross Wien *Nummer 43 / Jahr 5* *Wien, Februar 2019*

Editorial

Bruchstellen ist der monatlich erscheinende Newsletter von Anarchist Black Cross Wien. Wir wollen damit den Infos, die uns jedes Monat überschwemmen, einen passenden Rahmen zur Veröffentlichung bieten. Darunter werden sich Neuigkeiten zur Repression gegen Anarchist_Innen und anarchistischer Gefangener rund um die Welt befinden. Wir wollen außerdem an den großen und kleineren Geschehnissen in Österreich dranbleiben. Das bedeutet, dass wir aktuelle Informationen zu Repression, Gefängnisneubauprojekten, Delinquenz und Widerständigkeit in den Gefängnissen (Akte der Rebellion, Ausbrüche, etc...) sammeln werden. Bruchstellen wollen eine monatliche Ergänzung von aktuellen Geschehnissen, andauernden (sozialen) Kämpfen und Terminen sein. Der Fokus liegt auf der Verbreitung von Beiträgen zu aktuellen Geschehnissen, um das Bewusstsein für die regionalen als auch internationalen Kämpfe gegen die Gefängnisgesellschaft zu stärken und diese in unserem Umfeld und über unsere Kanäle greifbarer und relevanter zu machen. Die Entwicklungen eigenständiger Projekte und Perspektiven, die uns bitter nötig erscheinen, ist einer der zentralen Punkte, der mit dieser Veröffentlichung in Zusammenhang steht. Gerne lassen wir uns auch eure Beiträge schicken und bieten damit eine Veröffentlichungsmöglichkeit in Papierform an.

Gegen die Knastgesellschaft ankämpfen! Für die soziale Revolte!

[Deutschland] Hülya: Brief vom 26. Januar 2019

quelle: panopticon.blogsport.eu



Wir haben diesen Brief von Hülya am 26.01.19., mit der Bitte ihn zu verbreiten, erhalten. Unterstützt Hülya und andere kämpfende Knackis, sie freuen sich immer sehr über Post und natürlich über weitere Taten der Solidarität.

Gefährt*innen,
mein Name ist Hülya A., ich sitze zur Zeit in der JVA Willich II. In meinem Text geht es um den Abschied an meine verstorbene Schwester, die sich selbst das Leben genommen hat. Aber auch über Diskriminierung.

Meine liebste Schwester, ich konnte keinen Abschied von dir nehmen, du warst die besondere Bindung die ich hatte in die Außenwelt. Die Zeit in der du Herrschaft und Diskriminierung erlitten hast, haben dich wohl in den Wahnsinn getrieben. Ich konnte für dich in den letzten Jahren nicht da sein, für deine Transsexuelle Entscheidung habe ich dich akzeptiert. Weil ich dich so sehr geliebt/Liebe wie du bist, wie du warst. Du bist schwach geworden. Du hast dich selbst nicht mehr für wertvoll gehalten. Du wurdest ausgegrenzt, von der Gesellschaft ausgestoßen die um dich herum war und vor allem wurdest du von unserer Familie nicht akzeptiert. Ich habe mich für dich entschieden, ich wurde von der Familie ausgestoßen weil ich dich unterstützte. Ich habe an das gute im Leben geglaubt. Du wolltest mich im Oktober besuchen, ich habe sehnsüchtig auf dich gewartet. Du warst eine komplette Frau, dass hast du mir bei unserer letzten Telefonat mitgeteilt. Ich war so verdammt stolz auf dich. Ich habe die Momente mit meiner Gefährtin Lisa und mit ganz vielen anderen geteilt. Unerwartet erhielt ich die Nachricht, dass du dir das Leben genommen hast. Ich wollte es nicht glauben, ich kann es nicht glauben. Du bist sehr schwach geworden und hast dich dazu entschieden, frei wie ein Vogel zu sein. Ich werde deinen Tod nicht hinterfragen, ich akzeptiere es. Es war deine Entscheidung, ich wünschte ich wäre draußen gewesen. Es tut mir leid. Ich weiß jetzt nicht wo du bist, aber ich weiß dass du immer in meinem Herzen und meinen Gedanken bist und bleiben wirst.
Ich liebe dich.

Gefährt*innen,
für mich ist es gerade nicht leicht ständig eingesperrt zu sein. Ich bin drinnen unselbstständig, meine eigene Familie hat mich ausgegrenzt und diskriminiert. Ich bitte euch alle dort draußen die meinen Text lesen, akzeptiert alle Menschen wie sie sind, egal was für eine Hautfarbe, ob sie Transsexuell, Lesbisch, Bisexuell, oder sonstiges sind. Mensch ist Mensch, jeder muss akzeptiert werden wie er ist. Täglich erlebe ich hier drinnen im Knast das ganze Leid von Gefangenen, wie sie von den Herrschenden ausgegrenzt, schikaniert oder diskriminiert werden. Die krassen Ungerechtigkeiten, die Ausbeutung, die Zerstörung der Emotionen von uns Gefangenen und von den Menschen draußen, es ist furchtbar und grausam. Das Knastsystem macht was mit der Psyche von Gefangenen/Menschen. Solidarität ist sehr wichtig. Ich rufe genau aus solchen Gründen zur Solidarität auf, denn so ein Knast- und Bestrafungssystem darf nicht herrschen. Jeder Mensch ist einzigartig und sollte niemals für sein Verhalten bestraft werden!

Wir müssen uns gemeinsam solidarisch gegen all die Ausgrenzung, die Diskriminierung und den Rassismus, sowie natürlich letztendlich gegen die Schikanen und das Knastsystem, dass uns alle betrifft, stellen.

Danke an alle die mich unterstützten, ich wünsch uns allen viel Kraft und Mut!

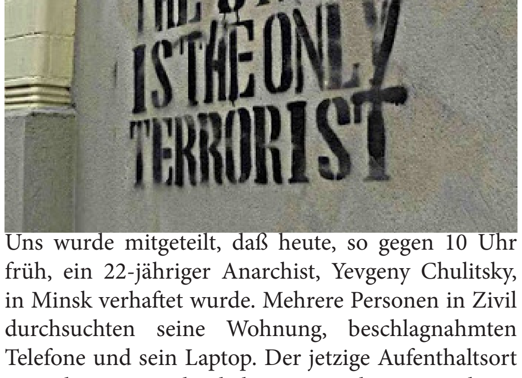
Nieder mit den Knastmauern!
Freiheit für alle!

Hülya A.

Buchnummer 84/17/4
JVA Willich II
Gartenstrasse 2
47877 Willich

[Belarus] Minsk: Anarchist verhaftet und verschwunden

quelle: panopticon.blogsport.eu



Uns wurde mitgeteilt, daß heute, so gegen 10 Uhr früh, ein 22-jähriger Anarchist, Yevgeny Chulitsky, in Minsk verhaftet wurde. Mehrere Personen in Zivil durchsuchten seine Wohnung, beschlagnahmten Telefone und sein Laptop. Der jetzige Aufenthaltsort von ihm ist nicht bekannt. Er könnte sich in Zavodskoy, ROVD (A.d.Ü., Bezirksabteilung für innere Angelegenheiten) oder GUBOPIK (A.d.Ü., Generaldirektion für die Bekämpfung der organisierten Kriminalität und der Korruption) befinden.

Laut Informationen wird ihm, nach Paragraph 341 des Strafgesetzbuches der Republik von Weißrussland, „Verletzung und Zerstörung von Eigentum" vorgeworfen (andere Quelle berichten es handelt sich um den Paragraphen 317 des Strafgesetzbuches von Weißrussland). Wir werden weiter über die Geschehnisse berichten.

Aktualisierung: „Vier Personen in Zivil waren bei seiner Mutter. Obwohl sie alle darum bat sich auszuweisen, zeigte nur einer von ihnen ihr sein Dienstmarke. Sie bat darum sich die Dienstmarke näher anzuschauen (da sie keine guten Augen hat). Der Bulle „lächelte" jedoch und entzog stattdessen die Dienstmarke/ Ausweis ihrer Sicht, während dessen verhielt er sich äußerst unhöflich und schamlos Die Mutter konnte in dem Durchsuchungsbefehl/ Haftbefehl (A.d.Ü., ist bei dem Original nicht klar was es sein kann) einen Absatz sehen, wonach ihr Sohn verdächtigt wird – sowie die Informationen – in der Straße Okhotskaya einen bestimmten Satz geschrieben zu haben, der mit dem Wort „Polizei" beginnt. Momentan weiß sie nicht, wo ihr Sohn ist. Die Mutter rief an, um nachzufragen, aber sie (A.d.Ü., die Bullen) waren unhöflich und lehnten Auskünfte ab."

Quelle: Anarquia.info
Übersetzt von der Soligruppe für Gefangene

[Österreich] Wien: Prozessbericht zum Prozess wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt im Zuge der Räumung der besetzten Nele35

wurde uns per mail geschickt

Am 27.12.2018 fand am Wiener Landesgericht in der Josefstadt ein Prozess wegen versuchtem Widerstand gegen die Staatsgewalt statt. Die angeklagte Person wurde aufgrund von Verwaltungsübertretungen am 7.12.18 bei der Räumung der Hausbesetzung (http://www.nele.noblogs.org/), Neulerchenfelderstraße 35 gemeinsam mit 16 anderen Personen zur Identitätsfeststellung festgenommen. Während alle anderen (bis auf eine Person, die ihre Identität freiwillig angab) nach mehreren Stunden im PAZ (Polizeianhaltezentrum) Rossauer Lände mit blauen Flecken und Schrammen wieder auf freien Fuß gesetzt wurden, wurde besagte Person mit dem Vorwurf des versuchten Widerstandes gegen die Staatsgewalt, weiter festgehalten und in die JA Josefstadt überstellt. Sie wurde in Untersuchungshaft genommen.

Drei Wochen später, am 27.12.2018 wurde ihr der Prozess gemacht. Im Zeugenstand zwei junge Bull*innen, die wie gute Freund*innen wirken.

Der Vorwurf: Die angeklagte Person hätte die Anfertigung eines Lichtbildes verweigert und um das zu verhindern, einer der beiden Bull*innen einen gezielten Stoß mit dem Ellbogen gegen die Brust versetzt.

Die angeklagte Person gab eine zusammenhängende Erklärung zu dem Vorfall ab. Sie erklärte, dass sie sich nicht fotografieren lassen wollte, daraufhin von den Polizist*innen fixiert wurde und für sie alles viel zu schnell ging, um irgendwelche Bewegungen, geschweige denn gezielte Schläge oder Stöße gegen irgendjemandes Brustkorb, auszuführen.

Obwohl sich die beiden Zeug*innen in ihren Aussagen widersprachen und ihre Aussagen konträr zu jener der angeklagten Person waren, wurde ihnen Glauben geschenkt und es gab – aufgrund einer einschlägigen Vorstrafe – eine Verurteilung zu 5 Monaten unbedingter Haft.

Dass es eine zusammenhängende Erklärung gab und die angeklagte Person sich nicht dem Frage-Antwort-Spiel der Justiz hingab, wurde ihr zudem negativ angelastet. Das liberale Scheißgelaber der Richterin zur Urteilsbegründung stellte sich dann noch als i-Tüpfelchen der ganzen Farce heraus: Sich ebenfalls an das Publikum wendend beteuerte sie, wie sehr sie es schützt, dass Menschen für Gerechtigkeit sind, aber dass man die Arbeit von den aufrichtigen Polizist*innen, die sich für Gerechtigkeit einsetzen, respektieren muss und sie nicht dabei und bei ihrer aufrichtigen Arbeit behindern darf – wenn dann nur passiv.

Dafür zu sorgen, dass leerstehende Häuser unbewohnt bleiben und die Anfertigung eines Lichtbildes sind anscheinend sehr wichtig, um für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.

Gegen das Urteil wurde Berufung eingelegt. Die Person ist weiterhin im Gefängnis.

[Russland] Network: Bericht zur öffentlichen Anhörung am 21.01.2019

quelle: antirepbasel.noblogs.org

Öffentliche Anhörungen im Fall „Netzwerk", an denen Menschenrechtsverteidiger_innen und Eltern der Festgenommenen teilnahmen
Am 21. Januar fanden in Moskau öffentliche Anhörungen im Fall „Netzwerk" statt. Die Eltern der Angeklagten enthüllten zuvor unbekannte Tatsachen. So könnte es sich bei einem ehemalige Nationalisten um einen in den Kreis der Antifaschist_innen eingeschleusten V-Mann handeln.

Außerdem drohte ein FSB-Beamter (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, Anm.d.Ü.) damit in der Untersuchungshaftanstalt die Information zu verbreiten, dass der Angeklagte Ilya Shakursky angeblich ein Pädophiler wäre, wenn gegenüber dem NTV (russischen Nachrichtensender, Anm.d.Ü.) nicht die gewünschten Kommentare geäußert werden.

Bei der Anhörung äußerte Svetlana Pchelintsev, die Mutter des angeklagten Dmitry Pchelintsev, die Vermutung, dass sich eine V-Person in die Gemeinschaft eingeschleust hat. Nach ihren Angaben versuchte der Mann, der sich Vlad Dobrovolsky nannte, bereits vor der Verhaftung von Ilya Shakursky – einer anderen Person, die in den Fall verwickelt war – mehrmals, ihn zu mehrdeutigen Gesprächen zu führen. Zum Beispiel hat Dobrovolsky beharrlich mit Shakursky über den bewaffneten Widerstand und Gewalt gegen Polizeibeamte diskutiert. Die Frau stellte fest, dass die Aussage von Dobrovolsky in den Materialien des „Netzwerk"-Falls erschienen ist. Es ist bekannt, dass er vorher in der penzaer nationalistischen Community war.

Dmitry Dinze, der Anwalt von Igor Shishkin, der einen Deal mit der Untersuchung gemacht hat, schrieb auf Facebook, dass es insgesamt drei vertrauliche Zeug_innen gibt.

Die Mutter von Ilya Shakursky, Elena Bogatova, erzählte bei der Anhörung von den Drohungen, die sie vom FSB-Beamten Wjatscheslaw Shepelew erhalten hatte. Laut Bogatova forderte der Mann von ihr „richtige Kommentare" gegenüber Journalist_innen von NTV, und untersagte ihr, die Existenz einer terroristischen Gemeinschaft zu bestreiten und auf der Unschuld ihres Sohnes zu bestehen. Ansonsten würde Shepelev, in der Untersuchungshaft die Information verbreiten, dass Shakursky angeblich ein Pädophiler wäre.

Zuvor berichtete Bogatova, dass Journalist_innen nicht nur an Shakurskys Beteiligung an einer Organisation interessiert waren, sondern auch an ihrer Zusammenarbeit mit Menschenrechtsverteidiger_innen. Die Journalist_innen bestanden darauf, dass sie in die Kamera sagen soll, dass diese (Menschenrechler_innen) sie zu bestimmten Handlungen leiten. Laut Bogatova beteiligte sich der FSB-Beamte Shepelev auch an der Hausdurchsuchung des Angeklagten. Bogatova sagte, dass der Beamte, sobald er die Wohnung betrat, den Mitarbeiter_innen sofort sagte: „Schauen Sie unter das Sofa." Dort fanden sie Waffen, die angeblich Shakursky gehörten.
In der Anhörung erklärten die Eltern der Angeklagten, dass keine biologischen Spuren der Angeklagten an den beschlagnahmten Waffen gefunden wurden. Spuren konnten nur am Pfefferspray, das bei Shakursky gefunden wurde, nachgewiesen werden, welches von der Untersuchung als improvisiertes Sprenggerät bezeichnet wurde. Bogatova geht jedoch davon aus, dass die Spuren auch übertragen worden sein können, nämlich von dem Isolierband, mit dem Shakursky während der Folter festgebunden wurde. Zuvor hatte der Angeklagte erklärt, dass Vyacheslav Shepelev ihn gefoltert habe. Shakursky berichtete, er wurde in einen Keller gebracht, gezwungen, sich auszuziehen, ihm wurden Elektroden an die Fingerspitzen angelegt und Stromschläge verpasst. Laut Bogatova hat Shepelev dem Angeklagten persönlich mit Vergewaltigung gedroht.

Alexei Polikhovich, ein Teilnehmer der Anhörungen, sagte, dass NTV-Journalist_innen zu der Veranstaltung gekommen sind. Ihm zufolge stellten sie Fragen zum Fall „Neue Größe" und fragten, warum Menschenrechtsaktivist_innen Terrorist_innen helfen. Die Journalist_innen versuchten auch, die Eltern der Angeklagten zu interviewen.

Das Landgericht in Penza verlängerte die Untersuchungshaft für sechs der Angeklagten bis zum 14. April 2019.

Filinkov und Boyarshinov werden keine Briefe mehr ausgehändigt und die Kommunikation mit Anwälten in der Untersuchungshaft wurde eingeschränkt.

https://afund.antirep.net/



Unsere kollektive Solidaritätsstruktur unterstützt Anarchist*innen auf der ganzen Welt, wenn sie verfolgt werden oder sich in einer schwierigen Lebenssituation aufgrund ihrer politischen Ideen oder Aktivitäten wiederfinden.

Wir unterscheiden uns stark von anderen Solidaritätsstrukturen, da wir eine direkte Beteiligung an der Verteilung von Geld anstatt der gewöhnlichen Solidarität im Wohltätigkeitsstil bieten.

[USA] Eric King: Der Angriff und die Folter im FCI Florence

quelle: supportericking.org, übersetzt von abc wien



Am 17. August 2018 (der Tag, an dem meine Frau aufgrund ihrer Krebserkrankung operiert wurde) rief mich Lt. Wilcox, nachdem ich eine von mir verschickte Email gelesen hatte, in sein Büro gerufen. Bei meiner Ankunft brachte mich der neue SIS(1)-Fiesling zurück zur Besenkammer. Wilcox ist etwa 5 cm größer und 15 – 20 Kilo schwerer. Es ist dafür bekannt, zu schreien und rumzumackern, damit ja niemand vergisst, was für ein harter Kerl er ist.

Beim Betreten der Besenkammer begann er sofort mich zu provozieren damit ich gegen ihn kämpfe und wenn ich Cops so hassen würde, solle ich es ihm beweisen.

Es sollte an dieser Stelle angemerkt werden, dass ich eine Woche vor der endgültigen Verlegung in ein Gefängnis mit niedriger Sicherheitsstufe [„low-security“] stand, auf die ich ein Jahr lang mit guter Arbeit und sehr guter Führung hingearbeitet habe. Ich wurde in einer Teambesprechung als „Muster-Gefangener“ (lol) bezeichnet. Die Verlegung war alles was ich wollte und ich tat dafür alles in meiner Macht stehende. Doch Wilcox hatte andere Pläne.

Ich lachte ihm ins Gesicht und ging nicht auf seine beschissene Falle ein. Dann befahl er dem SIS-Beamten das Büro zu verlassen und „sich um irgendeine Scheiße zu kümmern“. Er stellte sich vor mich und schrie mich an, wie sehr er Terroristen hasst.

Wilcox verlor zu diesem Zeitpunkt seine Fassung und schrie mir ins Gesicht „sie haben meine Töchter umgebracht“. Er war wild und wirkte wahnsinnig. Ich fragte, ob ein*e Anarchist*in seine Töchter getötet habe. Er drehte weiter durch und drohte mir mit sämtlichen Arten der Selbstjustiz, mit Vergewaltigung und dem Tod. Er machte dieses gurgelnde Geräusch und spuckte mich an, schubste mich und griff mich an.

Ich bin kein harter Kerl, aber ich habe 15 Jahre lang geboxt und wir haben gerade gesehen, was diese Schweine mit Herman gemacht haben. Es fühlte sich so an, als wollten sie mich jetzt und hier vor meinem Transfer töten. Also verteidigte ich mich selbst… ich schlug zurück und ich kann sagen, dass sich kein Schlag auf der ganzen Welt besser anfühlte.

An diesem Punkt kamen die Schläger herein (vier Wachen). Ich legte meine Hände über den Kopf und sie zerrten mich heraus und als ich auf dem Boden lag, traten sie auf meinen Kopf, in meinen Magen und die Rippen und schrien mich an, sie würden mich töten und ich sollte jetzt einfach sterben.

Ich wurde an einem Bett Vierpunkt-fixiert. Es war wie eine Kreuzigung und ich wurde dort sieben Stunden festgehalten, in meinem eigenen Blut und Urin, ohne ärztliche Behandlung. Mein Gesicht war nicht wiedererkennbar, meine Brille gestohlen (ich habe immer noch keine Brille), meine Handgelenke sind noch immer taub und es fällt mir schwer, Briefe zu schreiben.

Dies führte zu fünf schrecklichen, beschissenen, traumatischen Tagen. Ich wurde nach USP(2) Florence verlegt (ohne Genehmigung des BOP(3)), in eine Zelle gesperrt, in der die Toilette mit der Scheiße von jemand anderem verstopft war und nicht spülte und Stroboskop-Licht von oben. Emails und der Kontakt zu meiner Anwältin (die ebenfalls Anfragen stellte) wurden nicht erlaubt. Als die Krankenpflegerin kam, um mich zu versorgen, wurde sie von den Wärtern mit den Worten weggeschickt „er ist gemein und hat keine Behandlung verdient“. SIS brachten mich in einem Raum und zwangen mich eine eidesstattliche Aussage zu unterschreiben. Sie sagten, solange ich nicht unterschreibe, dürfte ich meine Anwältin nicht sehen und müsste weiter in dieser Zelle bleiben. Ich machte deutlich, dass ich nur unter Zwang unterschrieb.

Ich wusste nicht, dass mein Team für mich kämpfte und es fühlte sich an, als würde niemand Bescheid wissen, da die Einrichtung alles blockierte [„lock down“], aber die Leute drinnen unterstützten mich und schickten eine Nachricht nach draußen bevor die Computer heruntergefahren wurden. Hätte mein Team das Gefängnis nicht unter Druck gesetzt, sie hätten mich für Wochen weiter foltern können, sie hätten alles machen können. Um sich nicht mit dem Chaos auseinander setzen zu müssen, entschied Florence mich nach fünf Tagen in die Isolationsabteilung [SHU – Security Housing Unit] nach USP Leavenworth zu schicken. Ich saß dort immer noch unter der Kontrolle von Florence, die Besuche verboten und die Kommunikation mit meiner Familie limitierten. Ich war 140 Tage hier, während Florence versuchte einen Fall aufzubauen. Das FBI teilte mir schließlich mit, sie würden den Fall aufgrund des Verhaltens des Lts fallen lassen. Aber die BOP bekamen was sie wollten. Ich bekam eine Anklage für „den am wenigsten schwerwiegenden Fall eines Angriffs“ durch das BOP. Das ist alles Scheißdreck. Es wird behauptet, ich hätte Wilcox während einer Befragung angegriffen, dabei wurde ich in eine Besenkammer gezerrt und angegriffen.

Ich mache mir keine Illusionen, dass ich in meiner Disziplinarverhandlung irgendetwas erklären kann. Das ist etwas, was Gefangene immer und immer wieder erleiden müssen. Die Disziplinaranhörungen sind im Wesentlichen ein Schauspiel. Gefangene werden ohne Beweise immer und immer wieder bestraft. Ich schätze mich glücklich, durch dies hier eine Stimme zu haben. Viele Gefangene, die angegriffen werden, haben keinen Rückhalt und keinen Schutz. Ich möchte mir gerne einen Moment Zeit nehmen und anmerken, wenn wir als Gemeinschaft die Abschaffung der Gefängnisse unterstützen, müssen wir begreifen, dass Dinge die unseren Gefährt*innen passieren nicht wichtiger sind als die Misshandlung ALLER Gefangener, die keine Unterstützung haben.

Ich gehe davon aus, dass der Vorwurf gegen mich weiterhin bestehen bleibt. Das BOP hat erklärt, mich zum CMU(4) schicken zu wollen und ich würde während meiner restlichen Haftzeit nie wieder in einem anderen Hof umherlaufen können. Ich warte nun, zu welchem schrecklichen Ort sie mich schicken werden.

Innerhalb der letzten zwei Jahre habe ich etwa 250 Tage in kompletter Isolation verbracht und es beginnt, mir meinen Kopf zu zerstören. Ich hasse dieses Stück Scheiße (Wilcox) und hoffe, ihn trifft jedes Unglück, das das Universum ihm schickt. Er ist daran schuld, dass ich Rot sehe und nicht mehr denken kann, wenn ein Polizist mich anfasst. Danke an alle für die Briefe, Bücher und das Geld… Dies war und wird ein harter Weg und all die Liebe ist unglaublich.
Bis alle frei sind!

E.C.I.M.E.

EK (A) (///)

p.l.f.

(1) SIS : Special Investigative Services, ermittelt aufgrund von „Fehlverhalten“ und soll die „Sicherheit“ in BOP-Gefängnissen überwachen

(2) USP : United States federal prisons – US Bundesgefängnis

(3) BOP: Federal Bureau of Prisons – Behörde des Justizministeriums, die die Bundesgefängnisse verwaltet

(4) CMU : Communication Management Unit – politische Gefängnisse in den Vereinigten Staaten. Die Kommunikation von Gefangenen zur Außenwelt wird in diesen Gefängnissen massiv eingeschränkt.

Schreibt Eric!

Eric King # 27090045
USP LEAVENWORTH
U.S. PENITENTIARY
P.O. BOX 1000
LEAVENWORTH, KS 66048

Hinweis auf Radio Interview mit Eric Kings Partnerin über seine Situation;

„The final Straw Radio“ veröffentlichte eine Folge mit einem Interview mit Eric Kings Partnerin. Dieses Interview gibt einen guten Überblick über all das, was in den letzten Monaten mit Eric passiert ist und wie sehr es sich auf ihn und seine Familie auswirkt. Ebenfalls in der Folge ein Interview und ein Update von A-Radio Berlin über die Mapuche Karawane im sogenannten Chile.

Hier könnt ihr die Sendung hören:
https://supportericking.org/2019/01/21/eks-partner-interviewed-on-the-final-straw/



[Schweiz] Basel18: Urteil im Prozess – Wir sind alle Mittäter*innen

quelle: antirepbasel.noblogs.org



Heute, Freitag 25. Januar 2019, wurden 15 der 18 Angeschuldigten im „Basel18“-Verfahren in Mittäterschaft wegen qualifizierter Sachbeschädigung, einfacher Körperverletzung, Landfriedensbruches, mehrfacher Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte und Verletzung der Verkehrsregeln schuldig gesprochen.

Die absurden Strafmasse reichten von 20 Monaten bedingt auf 2 Jahre, bis zu 27 Monaten unbedingt. Damit folgten die drei Richter*innen des Strafgerichts Basel-Stadt in weiten Strecken den Strafforderungen der Staatsanwaltschaft.

Dazu kamen bei einigen Personen noch 200.- Franken Busse wegen Verstosses gegen des Vermummungsverbot und einzelne Geldstrafen – zwischen 5 und 10 Tagessätzen – wegen Beschimpfung, Verstosses gegen das Waffengesetz, Hausfriedensbruchs oder Hinderung einer Amtshandlung.

Die Höhe der Strafen erscheint umso absurder vor dem Hintergrund, dass das Gericht diverse Anklagepunkte der Staatsanwaltschaft (wie mehrfache versuchte schwere Körperverletzung, Angriff oder Störung des öffentlichen Verkehrs) als nicht erfüllt ansah. Hauptursächlich dafür war, dass das Gericht an der umstrittenen Konstruktion der Mittäterschaft – alle sollen an allen Straftaten gleichermassen schuld sein – festhielt und diese verschärfte Auslegung in ihrem Urteil stützte. Dies obwohl keiner beschuldigten Person konkrete Taten zugeordnet werden konnten. Und darüber hinaus die Aussagen eines Hauptbelastungszeugen vom Gericht als nicht verwertbar erklärt wurden. Damit gab es für den angeblichen gemeinsamen Tatentschluss nun keinerlei Beweise mehr. Trotzdem war das Gericht der Meinung, dass aus den festgestellten Sachschäden und vorhandenen Videoaufnahmen klar ersichtlich sei, dass es sich um eine homogene Gruppe gehandelt habe, die von Anfang an das Ziel verfolgte, Sachbeschädigungen zu begehen und – im Falle einer Intervention der Polizei – diese anzugreifen. Auch, so das Gericht weiter, müssten in diesem Fall den beschuldigten Personen keine konkreten Tatbeiträge nachgewiesen werden können. Denn alle, die am Umzug teilgenommen haben sollen, hätten sich bereits durch das Mitlaufen und das angebliche ideologische Mittragen der Taten schuldig gemacht.

Wie schon die Staatsanwaltschaft schien auch das Gericht unbeeindruckt von der Tatsache, dass die Beweise für eine Beteiligung der einzelnen Personen an der Kundgebung vom 24. Juni dünn war. Für das Gericht schien die Schuld der 13 Personen, die an besagtem Abend in Basel verhaftet worden sind, ohnehin schon festzustehen. Wahlweise wurde dafür entweder mit DNA-Spuren auf beweglichen Gegenständen argumentiert, und wo es solche nicht gab, mit der vermeintlichen Zugehörigkeit zur linken Szene, mit Vermutungen aus den Polizeirapporten oder einer Liste mit verhafteten Personen und deren Verteidigung, die nach der Demo bei einer Hausdurchsuchung gefunden wurde.

Es gibt Millionen Wege, wie ein Gegenstand mit einer DNA-Spur an einen Ort gelangen kann. Selbst das Bundesgericht hat entschieden, dass ein DNA-Hit nicht als Beweis, sondern lediglich als Indiz dienen darf. Doch das schien das Gericht nicht weiter zu stören: Es verurteilte nebst den an diesem Abend verhafteten Personen auch noch gleich zwei weitere Menschen, von denen nichts anderes als DNA-Spuren an Alltagsgegenständen in der Nähe der Demonstrationsroute gefunden wurden. Einzig bei den drei Personen, die aufgrund der Tatsache angeklagt waren, dass sie einer anderen beschuldigten Person am betreffenden Tag eine SMS geschickt hatten, erfolgte ein Freispruch.

Nebst den horrenden Strafen kommen für die betroffenen Personen hohe Verhandlungkosten (in der Höhe von insgesamt rund 176‘000.- Franken), sowie Schadensersatzforderungen von über 141‘000.- Franken dazu. Das Gericht hat diese Forderungen gutgeheissen und die Beschuldigten zur solidarischen und unbeschränkten Begleichung verdonnert. Dies bedeutet, dass alle für die gesamten Schadensersatzforderungen aufkommen müssen. Sprich die Privatkläger*innen können sich einzelne Personen heraussuchen und diese mit der gesamten Schadenssumme belasten.

Die ausgesprochenen Strafen verdeutlichen, dass es dem Gericht – wie schon der Staatsanwaltschaft – darum geht, ein politisches Netzwerk zu konstruieren, politischen Protest zu entpolitisieren und zu kriminalisieren. Einzelpersonen mit den härtesten möglichen Mitteln zu bestrafen, ist dabei eine klare Androhung an alle, die heute nicht vor Gericht standen: Wer sich dem autoritären System des Staates und seinen Gesetzen widersetzt, wird bestraft und weggesperrt!

Mit dieser düsteren Note endete heute der erste Akt in dem Trauerspiel zum provinzstädtlichen Rechtsverständnis. Mehrere Anwält*innen kündigten jedoch bereits während der Verhandlung an, dass sie gegen das Urteil in Berufung gehen wüden.

Wir wünschen allen, die heute vor Gericht standen und denen, die das Verfahren weiter ziehen, viel Durchhaltevermögen…

Lassen wir uns davon nicht einschüchtern!

Solidarität mit allen Betroffenen!

„Letzlich muss man sich auf solche Polizeirapporte verlassen können, sonst funktioniert die Justiz nicht mehr!“ – Gerichtspräsident Dominik Kiener

[Deutschland] Nero ist in Freiheit!

quelle: de.indymedia.org



Eineinhalb Jahre wurde Nero in den JVAs Moabit und Tegel gefangengehalten, nachdem er einen Bullenhelikopter, während Krawallen in der Rigaer Straße, geblendet hatte.

18 Monate Zersetzungsversuche des Knastes und seiner Schließer*innen, eifriger Bemühungen des LKAs ihn noch länger hinter Gittern zu behalten und steter Forderungen der Knastleitung, sich von seinem staatsfeindlichen Umfeld zu distanzieren.

Von seiner Zeit hinter Gittern hat er in mehreren Texten (https://freenero.blackblogs.org/texte/) berichtet. Von Südeuropa bis nach Berlin wurden Grußbotschaften auf Mauern, Barrikaden und Zügen entdeckt.

Nero ließ sich nicht einmachen, lehnte ihre „Resozialisierung“ genannten Kollaborationsangebote ab und konnte so, Anfang dieser Woche, den Knast erhobenen Hauptes verlassen.

In diesem Sinne wurde erst mal ein Bullenhelicopter auf dem Dorfplatz angezündet, wir bereuen nichts!

In steter Feindschaft mit diesem Staat!
Wir grüßen alle Gefangenen in Berlin und weltweit!
Unsere Leidenschaft für die Freiheit lässt sich niemals hinter Gitter sperren!
Criminals United 1312!

In eigener Sache & Termine:
Kleine Änderung der Postfachadresse!

Die Gefangenenliste gibt es jetzt auch als fertig formatiertes monatlich aktualisiertes PDF.

28.02. ABC Schreibwerkstatt

Kostenloser Versand an Gefangene/Infoläden.
Melden könnt ihr euch unter:

Kontakt: ABC Wien
Postfach 18, 1100 Wien
abcwien@riseup.net
http://www.abc-wien.net/

[Russland] Network: Igor Shishkin. Das Gericht

quelle: rupression.com

Das Moskauer Bezirksmilitärgericht prüft bei einer auswärtigen Sitzung in St. Petersburg das Strafverfahren des Antifaschisten Igor Shishkin, der beschuldigt wird, Teil der „Terroristischen Vereinigung „Netzwerk"" (Artikel 205.4, Teil 2 des StGb). Shishkin gab seine Schuld vollständig zu & schloss mit der Untersuchung eine außergerichtliche Einigung ab. Die meisten anderen Angeklagten weigerten sich zu gestehen und erzählten, wie sie vom FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation,) gefoltert wurden. Shishkin wurde nach einem Spezialverfahren vor Gericht gestellt – er erhielt 3,5 Jahre Haft.

13:59
Dem Antifaschisten Igor Shishkin wird vorgeworfen, Teil der „Terroristischen Vereinigung „Netzwerk" zu sein. Ihm wird Teil 2 von Artikel 205 Absatz 4 des Strafgesetzbuchs (Beteiligung an einer terroristischen Gemeinschaft) vorgeworfen, worauf bis zu zehn Jahre Gefängnis droht. Den Ermittlern zufolge hätten die Mitglieder des „Netzwerks" während der Präsidentschaftswahl und der Weltmeisterschaft Terroranschläge geplant, um die Massen „ins Wanken zu bringen zur weiteren Destabilisierung der politischen Situation im Land", und hätten angeblich noch Zellen der Organisation in Moskau, St. Petersburg, Penza und Belarus. In Penza sind die Angeklagten in diesem Fall Yegor Zorin, Ilya Shakursky, Wassili Kuksov, Dmitry Pchelintsev, Andrei Chernov, Arman Sag Ynbaev, Maxim Ivankin und Michail Kulkov. In St. Petersburg gibt es zwei weitere – Viktor Filinkov und Yuli Boyarshinov. Shishkin bekannte sich schuldig, schloss eine außergerichtliche Einigung ab und sagte gegen den Rest der Angeklagten aus. Nachdem der Antifaschist festgenommen worden war, erfuhren Mitglieder der öffentlichen Untersuchungskommission (ehrenamtliche Kontrollinstanz zur Einhaltung der Menschenrechte, Anm.d.Ü.), dass die Ärzte der Untersuchungshaftanstalt bei ihm einen Bruch der unteren Augenhöhle, zahlreiche Hämatome und Abschürfungen diagnostizierten. Die Beobachter zeichneten auch Spuren am Körper auf, ähnlich Verbrennungen verursacht durch elektrische Leiter. Trotzdem meldete Shishkin keine Gewalt seitens der Sicherheitskräfte.
Allerdings erzählte Viktor Filinkov nach seiner Verhaftung von Folter mit einem Elektroschocker. Beamte des FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Förderation, Anm.d.Ü.) nahmen ihn und Shishkin Ende Januar 2018 ungefähr zur gleichen Zeit fest. Ebenfalls von Folter berichteten die an dem Fall beteiligten und inhaftierten Person aus Penza – Ilya Shakursky, Dmitry Pchelintsev und Arman Sagynbayev.

15:09
Igor Shishkin ist fröhlich, er lächelt, ist jedoch mit den Rumfotografiere nicht zufrieden: „Wann hört das denn auf?" Das Treffen beginnt. Richter Vadim Krasnov identifiziert Igor Shishkin – er ist 27 Jahre alt und studierte an der Hochschule für Wirtschaft. In der Ukraine wurde er wegen Körperverletzung vor Gericht gestellt.
„Gut, das heißt, es gibt wenig Gutes, aber ich habe es verstanden", stellt der Richter fest. Der Anwalt Dmitry Dinze bittet darum, die Versammlung nicht öffentlich abzuhalten, da Fragen hinsichtlich der psychischen und psychologischen Gesundheit des Verdächtigen und andere medizinische Probleme untersucht werden. Laut Dinze befürchtet die Verteidigung, dass durch die Bekanntmachung des Urteils in der Presse „radikale Aktionen gegen Angehörige zu befürchten sind". Er sagt, Shishkin sei in einigen Internetforen angeblich „Verräter" genannt und es seien Drohungen veröffentlicht worden.
Shishkin unterstützt die Bitte. Der Staatsanwalt widerspricht nicht.
Der Richter gibt der Forderung der Verteidigung teilweise statt – die Sitzung zu dem Zeitpunkt zu schließen, an dem die medizinischen Dokumente geprüft werden, und alles andere offen zu gestalten, „wie es die Transparenz der Justiz verlangt".

15:19
Der Richter bittet die Angehörigen von Shishkin, aufzustehen, und teilt den Reportern mit, dass Filmen der Sitzung verboten ist, sie aber die Verkündung des Urteils aufzeichnen können. Der Staatsanwalt Alexander Melnikov verliest die Anklageschrift. Es heißt, dass Shishkin beschuldigt wird, Teil einer terroristischen Vereinigung zu sein, die in der Region Penza gegründet wurde und den Namen «Netzwerk» bekam. Laut Staatsanwalt sei ihr Ziel, sich auf die Begehung von Straftaten gemäß Artikel 205, 205.1, 208, 277, 278, 279 des Strafgesetzbuches (Terrorismus, Mitwirkung an terroristischer Handlung, Organisation einer illegalen bewaffneten Gruppe, Angriff auf das Leben eines Staatsmannes, gewaltsame Machtergreifung, bewaffneter Aufstand) vorzubereiten. Er zählt andere Angeklagte in dem Fall auf: „Die überregionale terroristische Vereinigung hat eine anarchistische Ausrichtung.", sagt der Staatsanwalt, „Der Angeklagte Dmitry Pchelintsev hat die anderen Mitglieder, darunter Shishkin und nicht festgestellte Personen, mit reingezogen. Die Organisation wurde mit dem Ziel gegründet, die Regierung gewaltsam und unter Verletzung der Verfassung zu stürzen und Aktionen durchzuführen, die sich aus den Zielen der Gründung einer Gemeinschaft ergeben, und ihre Mitglieder „teilten eine anarchistische Ideologie". Von Juli 2016 bis 21. Januar 2018 erlangte Shishkin gemeinsam mit Viktor Filinkov, Yuliy Boyarshinov und Unbekannten in St. Petersburg und in der Region Leningrad Fähigkeiten im Waffengebrauch, in der Herstellung von Sprengkörpern, in der Gefechtsführung, in medizinischer Hilfe, in Taktiken zur Besetzung eines Gebäudes mit dem Ziel, Terrorakte durchzuführen und in der Machtergreifung. So hat er im Rahmen von Artikel 205.4 Teil 2 des Strafgesetzbuchs ein Verbrechen begangen.

Um 16:35 Uhr Korrektur
Es wurde fälschlicherweise angeführt, dass die Mitglieder der Gemeinschaft laut der Version der Untersuchung „die marxistische Ideologie teilten». In der Tat sagte der Staatsanwalt „anarchistische".

15:24
Shishkin sagt, der Vorwurf sei ihm klar. Er bekennt sich voll schuldig. Der Richter fragt nach, woraus seine Unterstützung bei der Untersuchung bestanden habe. Der Staatsanwalt erklärte, Shishkin habe sich durch eine außergerichtliche Einigung schuldig gesprochen, vollständige Aussagen und Informationen über sich selbst und andere Mitglieder des „Netzwerks", die Struktur der Organisation, den Ort der Trainings und interregionaler Treffen und Kommunikationsmethoden gegeben. Er gab den Ermittlern die nötigen Informationen über alle Teilnehmer und Organisatoren der Vereinigung mit Angabe ihrer Namen, Rollen und Funktionen. Insbesondere bezeugte er die Rolle von Filinkov, Boyarshinov, Shakursky, Sagynbayev, Pchelintsev, Zorin und anderen, die bereits in St. Petersburg und Penza strafrechtlich verfolgt wurden.0

15:27
Igor Shishkin liest seine Rede ab: „Meine Unterstützung drückte sich darin aus, dass ich nach meiner Festnahme mit den Einsatzkräften des FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, Anm.d.Ü.) und den Ermittlungsbehörden zusammenarbeitete", sagt er, „Bislang arbeite ich mit den operativen Einheiten zusammen und helfe ihnen in der Aufspürung von Personen, die aus dem Territorium der Russischen Föderation geflohen sind, und gebe Erläuterungen im Rahmen operativer Suchaktivitäten. Ich bin bereit und werde bei den Verhandlungen anderer Mitglieder des terroristischen Vereinigung „Netzwerk", die in Kürze in Penza und St. Petersburg stattfinden, aussagen. Während der vorläufigen Ermittlungen habe ich mitgeholfen den Schuldgrad jedes Mitglieds der terroristischen Vereinigung festzustellen, nahm an Gegenüberstellungen teil und an Untersuchungen sachlicher Beweismittel, und machte eine detaillierte und vollständige Aussagen. Gab meine Schuld zu und bereute die Tat." Shishkin erzählt, dass er der Ermittlung von der Rolle jedes Teilnehmers, der Zeit ihrer Teilnahme und der Standorte der Schulung und von der „ideologische Komponente dieser Vereinigung" erzählte. Er bestätigt alle Aussagen, die während der Untersuchung gegeben wurden.
„Ich persönlich war keiner Bedrohung ausgesetzt, und was in Freiheit (mit den Verwandten) geschehen ist, ist mir nicht bekannt – vielleicht war etwas, aber ich wurde nicht informiert", stellt Shishkin fest.
Er unterstützt uneingeschränkt die außergerichtliche Einigung.

15:36
Der Richter listet das Fallmaterial auf – es gibt ausführliche Zeugenaussagen von Shishkin, ein Schema mit Angaben über Personen der mutmaßlichen Vereinigung, Aufgaben, ihre Rollen und wo sie sich befanden – Republiken, Städte. Er fragt die Seiten, ob die bereits aufgeführten Dokumente für eine Entscheidung über die Anerkennung der außergerichtlichen Einigung ausreiche. Der Staatsanwalt bittet noch das Materialien zu sichten. Der Richter listet die Protokolle auf: Prüfung der Aussagen vor Ort, Verhörprotokolle.
Rechtsanwalt Dinze bittet auch um das Vorlesen der Aussagen, die Shishkin während seiner Festnahme abgegeben hat. Ein Widerspruch, zurückzuführen darauf, dass laut Aussage des Angeklagten, er am 26. Januar festgenommen wurde und der Bericht über die Festnahme am 27. Januar 2018 erstellt wurde, wird deutlich.
„Nun, das heißt am 27.", sagt Shishkin.
Allerdings gibt es einen Bericht in den Unterlagen, der am 26. Januar um 3:15 Minuten erstellt wurde, stellt der Richter fest.
„Wo waren Sie a 3 Uhr nachts?"
„Wir wurden am 26. verhaftet, und am 27. wurden wir vor Gericht gebracht", sagt Shishkin.
Der Richter bittet den Staatsanwalt, diese Verwirrung mit Datum und Uhrzeit zu klären. Der Staatsanwalt geht davon aus, dass es sich um 3 Uhr morgens um den 27. Januar handelt.
„Ich erinnere mich nur noch vage", sagt Shishkin.

„Aber, hier steht das im Bericht. Ab 3 Uhr 15 Minuten … und wie viele operative Maßnahmen wurden mit Ihnen durchgeführt? 24 Stunden lang?
„Ja Mit Pausen."
„Okay. Das besprechen wir später", – resigniert der Richter.
„Nach unseren Informationen war alles an einem Tag", fügt Anwalt Dinze hinzu.
Allerdings berichteten Verwandte, dass Shishkin am 25. Januar inhaftiert wurde. Am 27. Januar wurde er bereits gerichtlich verhaftet, und vor der Anhörung konnten weder seine Verwandten noch Anwälte Shishkin erreichen, der unter der Kontrolle des FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Förderation, Anm.d.Ü.) stand.
Igor Shishkin hat nie von Folter berichtet, aber die Ärzte diagnostizierten bei ihm einen Bruch der unteren Augenhöhle, zahlreiche Hämatome und Abschürfungen und die Mitglieder der öffentlichen Untersuchungskommission (ehrenamtliche Kontrollinstanz zur Einhaltung der Menschenrechte, Anm.d.Ü.), die Shishkin im Untersuchungshaftanstalt besucht hatten, stellten zahlreiche Spuren an seinem Körper fest, ähnlich solcher, die durch elektrische Leiter verursacht werden.

15:39
Der Richter fragt, ob es Shishkin klar ist, was ein Spezialverfahren des Gerichts bedeutet und ob er damit einverstanden ist. Shishkin stimmt zu und besteht auf ein Spezialverfahren: „Antrag auf Spezialverfahren stattgegeben", verkündet der Richter.
Das Gericht geht zur Prüfung der Dokumente über, die die Persönlichkeit von Shishkin charakterisieren. Er möchte mit dem ärztlichen Befund beginnen und alle werden aufgefordert, den Saal zu verlassen.

16:18
Die Zuhörer_innen werden erneut in den Saal gebeten. Rechtsanwalt Dinze bittet um die Bekanntgabe der Shishkin charakterisierenden Materialien, die von Richter Krasnov vorgelesen werden. Er listet die Termine der für Shishkin erstellten Verwaltungsprotokolle auf, sagt jedoch, dass sich das Gericht nicht dafür interessiert, da die Fristen verstrichen sind. Shishkin wandte sich nicht an psychiatrische Heilanstalten. Der Richter liest von irgendeiner Freundin eine Beurteilung vor. „Hier steht: „zieht eine Familie groß", wen ziehen sie groß? Die Ehefrau? Die Mutter?"
„Neben den beiden gibt es auch noch einen Hund und ein Kaninchen", antwortete der Angeklagte.
Der Richter hat nicht vor das Dokument vollständig zu lesen: „Es gibt da eine ganze Geschichte." Er nimmt ein anderes Blatt.
– „Eine Geschichte über einen herrenlosen Hund … Dem Gericht wird sofort klar, dass die Person positiv charakterisiert wird."
– „Solche gibt es viele.", stellt der Staatsanwalt fest.
– „Shishkin, bestätigen Sie, dass Sie eine sehr gute positive Person sind? Hunde mögen? Die Familie versorgen?
– „Ich bestätige."
Der Richter liest einzelne Sätze von verschiedenen Blättern vor, lacht und äußert einzelne Sätze, zum Beispiel, dass Shishkin „jemandem geholfen hat, der vom Fahrrad gefallen ist", „dem Tierheim geholfen hat", „Musik liebt", „die Geschichte noch einmal erzählt", „kein Fleisch isst".
– „Positiv charakterisiert", fügt der Staatsanwalt hinzu.
– „Es ist nicht nur positiv, sondern sehr", sagt der Richter.
Er liest weiter die Merkmale: „die Geschichte zeigt, dass die Familie gut ist", „half in einer schwierigen Lebenssituation", „die Geschichte, wie wir uns getroffen haben".
– „Etwas viele Frauen, verdächtig. Ehefrau nichts?"
Eines der Dokumente las er erst gar nicht, irgendeine Frau „hat hier viel geschrieben."
– „Die Mitarbeiter_innen sind anscheinend gegangen. Shishkin, und wie viele Leute haben In Ihrem Einzelunternehmen gearbeitet?"
– „Bei den Veranstaltungen arbeiteten verschiedene Personen", antwortete der Angeklagte.

16:26
Es kam zu den n über Shishkin, „Steuern bezahlt". In der Sache zeigt sich, eine auch eine Beschreibung seiner Person als Leiter des Einzelunternehmens, der Richter ist überrascht. Der stellvertretende Direktor des Lofts „Etazhi" spricht auch positiv über Shishkin. Wir sind zur Heiratsurkunde gekommen – „Hat Ihr Ehepartner Ihren Nachnamen?" – „Nein." – „Und warum?"
– „Aus bürokratischen Gründen haben wir uns entschieden, nichts zu ändern."
In den Charakteristika des Bezirks ist nichts Besonderes, keine Beschwerden sind eingegangen. Das letzte Blatt über die Eigenschaften der Person: „Beide Vegetarier, guter Mensch."
Rechtsanwalt Dinze:
– „Es gibt noch mehr Charakteristiken, alle positiv."
– „Und wir dachten, andere wären anders", lacht der Richter.

Dinze listet Namen auf und fragt nach Charakteristiken von diesen Personen. Er beginnt etwas zu lesen, aber Richter Krasnov bricht es ab.
– „Das Gericht hat keinen Zweifel, dass sie gleich sind. Sechs positive Charakteristiken, wir werden sie als verkündet betrachten."

16:34
Dinze bittet den Richter den Befund eines anderen Psychologen anzuführen, und die Schlussfolgerungen des Befundes zu verlesen. Richter: – „Um hier keine Einzelheiten anzurühren, möchte ich sagen, dass die gleichen Informationen vorliegen, die wir zuvor gehört haben. Ich habe diese Beschwerden bereits gehört und gelesen. Der Anwalt hat immer noch einen Befund eines Spezialisten für kriminelle Psychologie." Er zitiert: – „Es werden keine kriminogenen Persönlichkeitsmerkmale gefunden, Ablehnung krimineller Werte und Subkultur, geringe Tendenz zu unsozialem Verhalten. Der Index der Aggression ist niedrig."
Shishkin zeichnet sich durch eine geringe soziale Gefahr aus, wird abschließend gesagt.
– „Die Persönlichkeitsstruktur ist nicht durch Merkmale charakterisiert, die Menschen inne sind, die terroristischen Vereinigungen angehören – Nihilismus, Zynismus und destruktive Einstellungen wurden nicht identifiziert."

16:41
Richter: – „Das Telefon wurde als Beweismittel konfisziert. Ihr Telefon? Haben Sie es sich selbst angeschafft?"
– „Ja."
– „Haben Sie mit anderen Mitgliedern des „Netzwerks" darüber kommuniziert?"
– „Nein."
– „Was haben Sie gemacht?"
– „Für normale Anrufe verwendet."
– „Der Dell-Laptop ist Ihrer?"
– „Ich weiß nicht, wahrscheinlich der meines Mitbewohners, Ich hatte HP."
– „HP zwei Stück, beide von Ihnen?"
– „Einer gehört mir, der anderer meiner Frau."
– Bei Ihnen wurden eine Reihe von Speicherdatenträgern beschlagnahmt, auf welcher der beschlagnahmten wurden Informationen sichergestellt?"
– „Auf meinem Laptop."
– „Welcher ist Ihr, welcher, der ihrer Ehepartnerin?"
Shishkins Frau Tatiana aus dem Publikum:
– „Meiner ist grau!"
– „Zu dem ich Sie beglückwünsche", sagt der Richter. – Speicherdatenträger, zwei Stücke, welcher gehört Ihnen? Fujitsu und Seagate gibt's hier."
– „Meiner ist Seagate."
– „Gemeinschaftliches Material wurde auf welchem gespeichert?"
– „Alles auf meinem Laptop."
– „Ihre Frau hat nichts behalten?"
– „Nein."
Richter Krasnov gibt bekannt, dass die gerichtlichen Ermittlungen abgeschlossen sind.

16:44
Der Staatsanwalt Melnikov spricht in der Debatte. Er erinnerte daran, dass Shishkin wegen Beteiligung an der Terroristischen Vereinigung angeklagt wurde, eine außergerichtliche Einigung wurde geschlossen, dessen Bedingungen von Shishkin vollständig erfüllt wurden. Bei der Verhängung einer Strafe sollte die Identität des Angeklagten, die Identität seiner Frau und seiner Angehörigen sowie die Tatsache berücksichtigt werden, dass ein schweres Verbrechen gegen die öffentliche Sicherheit begangen wurde. Der Staatsanwalt fordert Shishkin für schuldig zu sprechen und zu vier Jahren Haft Strafkolonie allgemeiner Vollzugsart (Kombination aus Gefängnis und Arbeitslager, es gibt darüber hinaus noch streng und spezial, Anm.d.Ü.) zu verurteilen.
Er bittet um Beweise für die Untersuchung anderer Episoden des Falls.

16:49
Igor Shishkin: – „Der Verteidiger wird an der Debatte teilnehmen, ich nicht. Der Anwalt Dmitry Dinze sagt, dass sein Mandant die Bedingungen der außergerichtlichen Einigung erfüllte, die Ermittlungen unterstützte, die Mitglieder aufdeckte. Er wies detailliert auf die konspirativen Methoden hin, „die Struktur in Form einer horizontalen Konstruktion", die Aufschlüsselung der Rollen in der Vereinigung, die Trainingsorte, beschrieb detailliert die Ideen der Vereinigung – „radikaler Anarchismus". Der Anwalt erinnert daran, dass Shishkin bereit ist, mit dem FSB (Inlandsgeheimdienst der Russischen Föderation, Anm.d.Ü.) zusammenzuarbeiten, um andere Mitglieder der Vereinigung festzustellen, und stimmt zu, dass seine Aussagen in anderen Strafverfahren verwendet werden kann. „Er hat nicht versucht, etwas zu verbergen, gab ehrlich und freiwillig Zeugnis ab", stellt der Anwalt fest.
Laut Dinze meint Shishkin erachtet als Fehler „keine Anzeige gegen diese Menschen erstattet zu haben, was er bedauert", während er selbst „eine kleine Rolle in der Vereinigung bei der Aufrechterhaltung der Ideen und Aktionen spielte".
Er listet die positiven Eigenschaften auf und bittet sie, dies zu berücksichtigen.
Der Anwalt betont, dass Shishkin „den Schaden, der dem Staat entstanden ist, vollständig abmilderte, indem er mit der Untersuchung zusammenarbeitete". Die individuellen Merkmale seiner Persönlichkeit bedürfen keiner psychologischen Korrektur, sagt der Verteidiger.
Keine Einwände, die Debatte ist vorbei.

16:53
Igor Shishkin spricht seine letzten Worte, in seinen Händen die Notizen: – „Ich gebe mehr mit eigenen Worten wieder, als ich hier geschrieben habe. Die Hauptsache ist, dass ich eine Vereinbarung getroffen habe, die ich erfüllt habe und auch weiterhin erfülle. Dies wurde in verschiedenen Dokumenten nachgewiesen. Ich habe meine Tat völlig bereut, habe Schuld eingestanden und möchte feststellen, dass ich in dieser Vereinigung nicht von Anfang bis Ende war, sondern nur für eine kurze Zeit. Wie mein Verteidiger bemerkte, als ich herausfand, dass es wirklich nach Radikalisierung riecht, verließ ich sie sofort und hörte auf, mit all diesen Leuten zu kommunizieren. Ich habe naiv geglaubt, dass mich nichts beeinflussen würde, aber das tat es leider. Ich bin wirklich keine unsoziale Person, ich bin ein würdiges Mitglied der Gesellschaft, wie verschiedene Persönlichkeiten beweisen. Ich verbrachte fast ein Jahr im Gefängnis. Selbst damals, als ich diese Leute verließ, bereute ich es schon. Und jetzt, ein Jahr später sogar noch mehr. In diesem Zusammenhang bitte ich Sie, die Mindeststrafe festzulegen, die möglich ist, wahrscheinlich ist das alles."

Der Prozess ist vorbei. Die Verurteilung beginnt um 17:45 Uhr.

17:56
Die Verkündung beginnt. Richter Vadim Krasnov liest nur den operativen Teil der Strafe – Igor Shishkin für schuldig erklärt, verurteilt zu 3,5 Jahren Strafkolonie allgemeiner Vollzugsart (Kombination aus Gefängnis und Arbeitslager, es gibt darüber hinaus noch streng und spezial, Anm.d.Ü.). Die Strafe wird ab dem Moment seiner offiziellen Inhaftierung am 26. Januar 2018 berechnet.

18:26
Rechtsanwalt Dmitry Dinze kommentiert die Gerichtsentscheidung und sagt, das Gericht hätte die Möglichkeit gehabt, Shishkin auch eine weniger schwere Strafe – 2,5 Jahre — geben zu können. „Wir werden in Bezug auf die Dauer der Strafe Berufung einlegen", sagt der Verteidiger.
– „Ich denke, das ist ein Zeichen für die anderen Beteiligten im Falls, deren Prozesse in Kürze anstehen. Das Gericht, glaube ich, wird eine ziemlich lange Haftstrafe verhängen. Im Falle der Nichtanerkennung von Schuld und der Feststellung dieser Umstände, welche … >>>

In unserem Fall wurden sie festgestellt, und sie werden kämpfen, ihre Haftstrafe beginnt ab 6 Jahren.“
Er stellt fest, dass Shishkins Abkommen mit den Ermittlern immer noch in Kraft ist, und er wird bei anderen Angeklagten im „Penza-Fall“ mit vor Gericht auftreten:
„Er wird Aussagen gegen die anderen machen, wir sind immer noch im Abkommen. Auch wenn das Berufungsgericht unseren Forderungen nicht statt gibt, ist es im Rahmen der außergerichtlichen Einigung dennoch erforderlich … Wenn wir den Vertrag nicht einhalten, wird die Strafe automatisch aufgehoben und der Fall überprüft und die Haftstrafe verlängert“.

18:49
Dinze spricht über die Verwirrungen bezüglich des Datums der offiziellen Inhaftierung vom 26. oder 27. Januar, merkt jedoch an, dass „eines Tages keine besondere Rolle für uns spielt, zumal er es leugnet hat, dass physischen Druck auf ihn ausgeübt wurde“. „Ich nahm Erklärungen zu diesem Thema von ihm auf, sagte er, dass es keine körperlichen Einwirkungen auf ihn gab,“ – sagt der Anwalt. – Ich habe ihn gefragt, und welche Verletzungen haben Sie? Was können Sie dazu sagen? Natürlich war ich als Rechtsanwalt verpflichtet, weil wir Fälle kennen, zuerst sagt jemand nein, nein, es ist nichts passiert, dann sagt er ja und ja, Druck wurde auf mich ausgeübt. Er hat gesagt, das ist vom Training.“ Laut Dinze forderten sie daraufhin „Trainingsdaten an, und er war tatsächlich dort gewesen. Sie haben sogar eine Person gefunden, mit der er sparring gemacht hatte oder so“. „Ich bin kein Experte, mir wurden diese Dokumente einfach gegeben, die ich hatte. das hatte ich Ich sah das Protokoll der öffentlichen Untersuchungskommission (ehrenamtliche Kontrollinstanz zur Einhaltung der Menschenrechte, Anm.d.Ü.), aber wenn die Person selbst leugnet, was sage ich ihm dann? Die Kippe selbst an dir ausgedrückt? Was soll ich ihm sagen? Er kann sagen, dass er Verletzungen im Training erlitten hat, aber ich bin kein Facharzt. Ich interessierte mich für seine Augenverletzung, weil es einen Bruch der betroffenen Augenhöhle gab. Wir wissen immer noch nicht, ob [sie] schon vorher da war, weil niemand eine Tomographie gemacht hat, eine Röntgenaufnahme zeigte nichts, weil sie später, meines Erachtens erst nach einer oder eineinhalb Wochen gemacht wurde. Und ein Spezialist auf dem Gebiet der Gerichtsmedizin sagte mir, dass so eine Verletzung innerhalb diese Zeit bereits zuwächst. Und ob es einen Bruch gab oder nicht, er kann nur ein Tomograf zeigen. Ich habe mich an die Untersuchungshaftanstalt gewendet und gebeten, ihn zur Tomographie zu schicken. Es wurde abgelehnt Er fragte den Ermittler, der sagte: „Ich habe nichts mit der Strafanstalt zu tun, schlagen Sie sich mit ihnen herum“, sagt Dinze.

Er fügt hinzu, dass „Igor eine Weile saß und sagte: “Die Verletzung interessiert mich nicht weiter.““

[Spanien] Staatsanwaltschaft fordert 25 Jahre Haft für Rodrigo Lanza

quelle: http://panopticon.blogsport.eu |von der soligruppe für gefangene übersetzt und ergänzt



Von der Soligruppe für Gefangene übersetzt & ergänzt

„Ich weiß dass wir mehr Lärm als sie machen werden, dass unsere Bänder und Solidarität weiter als ihre Mauern und Medien gehen. Ich glaube jetzt mehr als denn je an die legitime Selbstverteidigung, an den Antifaschismus, an meine Brüder und Schwestern auf den Straßen, an unsere Kämpfe, an meine Familie, an meine Prinzipien.“ -Rodrigo LanzaIm Dezember 2018 forderte die Staatsanwaltschaft und die Kläger eine Haftstrafe von 25 Jahre gegen Rodrigo Lanza, der beschuldigt wird vor einem Jahr einen Nazi ermordet zu haben, nachdem sich Rodrigo gegen einen Angriff von diesem verteidigte.

Der Wixer Victor Laínez hatte versucht Rodrigo und einige seiner Freund*innen mit einem Messer zu verletzten. Während der Auseinandersetzung starb der Nazi in einer Kneipe in Zaragoza.

Wir erinnern daran das Rodrigo im Jahr 2006 im Rahmen des Falles „4-F“ eingesperrt wurde, weil er beschuldigt wurde einen Bullen dermaßen verletzt zu haben, dass dieser zu Folge Querschnittgelähmt war. Dies geschah im Rahmen einer Party in einem besetzten Haus in Barcelona. Aufgrund dieser, rückten die Bullen an und versuchten das Haus zu räumen. Infolge dessen kam es zu einer Auseinandersetzung, bei der, der besagte Bulle verletzt wurde, bei der mehrere Person festgenommen wurden und einige verletzt wurden. Rodrigo wurde beschuldigt den Stein geworfen zu haben der damals den Bullen am Kopf getroffen haben soll. Obwohl lange die Version angefochten wurde, es hätte sich um einen Blumentopf gehandelt der aus einem Balkon oder aus dem Dach geworfen wurde. Sogar der damalige Bürgermeister von Barcelona, Joan Clos, vertrat dies. Wie standen dann aber die Festnahmen auf der Straße im Zusammenhang mit einem verletzten Bullen, der mit einem Blumentopf aus dem Dach getroffen wurde. Daher war es so wichtig die Tatsache zu verändern und nun wurde der Bulle doch von einem Stein auf der Straße getroffen. Die Bullen selber haben nach der Veränderung dieser Version verteidigt, der Stein wäre von den Menschen auf der Straße gekommen. Nur deswegen konnten 9 Personen verurteilt werden, von denen 4 vor kurzem in den Knast eingesperrt wurden.

Der ganze Fall war voll Unregelmäßigkeiten, Beweisfälschungen, die Folter der Beschuldigten in den Bullenwachen und ein langes etc. Eine der größten Tragödien war auch als eine der Beschuldigten, sich während eines Freiganges am 26.April 2011, sich das Leben nahm. Die Dokumentation Ciutat Morta (auf Katalan, Tote Stadt), erklärt den ganzen Fall tiefgründiger.

Zurück zu Rodrigo, dieser wurde im Jahr 2013 aus der Haft entlassen.

Wie leider bis jetzt im deutschsprachigem Raum, aber auch im spanischen Staat, sehr kläglich darüber berichtet werden durfte, weil der Unterstützer*innen Kreis von Rodrigo der Meinung war, man solle den Ball flach halten, denn das Risiko würde bestehen dass es durch seine anarchistische Gesinnung und seine Zugehörigkeit zu der anarchistischen Bewegung, die Haftstrafe höher werden könnte, muss der ganze Vorfall erklärt werden.

Vor über einem Jahr, also im Dezember 2017, wurde Rodrigo verhaftet und beschuldigt den ehemaligen Legionären und Faschisten, namens Víctor Laínez, während einer Schlägerei in einer Kneipe in Zaragoza ermordet zu haben. Die Massenmedien und alle Berichterstattungen, außer die wenigen von Rodrigo und einigen Gefährt*innen, ließen die faschistische Gesinnung von Laínez beiseite, sowie dass dieser selber als erster versucht hatte Rodrigo aufgrund seines Aussehens, seiner Ideen und seines lateinamerikanischen Ursprungs mit einem Messen angriff. Das Tatmotiv wurde umformuliert und war nun das tragen von Hosenträger mit den Farben der spanischen Fahne die Laínez trug. Also hatte Rodrigo den Faschisten deswegen angegriffen und nicht andersherum.

Diese Hosenträger, sind nun auch verschwunden und die Zeugen erinnern sich auch nicht mehr daran. Diese Geschichte ist ähnlich mit der von Lucía García de la Calzada, eine berühmte Faschistin aus Murcia, die bekannt für den Spitznamen die Unantastbare (jetzt nicht mehr) ist. Sie erlitt etwas von ihrer eigenen Medizin und wurde zusammengeschlagen. Die Massenmedien ließen wieder mal am Anfang aus, dass sie verantwortlich für mehrere rassistische und homophobe Übergriffe war. Anstatt dessen, wurde nur gesagt dass sie angegriffen wurde, weil sie einen Armband mit den Farben der spanischen Fahne trug.

Dass die Medien, die Bullen und die Richter*innen die Soldat*innen des Faschismus verteidigen, die das Kapital aufstellt wenn seine Herrschaft/Struktur Schwierigkeiten hat um aufrecht zu bleiben, ist nichts neues und ist von daher auch nicht überraschend. Dank der Gefährt*innen von Publicación Refractario, haben wir erfahren können dass die Staatsanwaltschaft 25 Jahre für Rodrigo verlangt, der seit seiner Verhaftung in U-Haft ist.

Ob Rodrigo „schuldig“ oder „unschuldig“ ist spielt keine rolle. Von hier aus wollen wir Rodrigo unsere Solidarität und Neigung zeigen, sowie ihm Kraft und Unterstützung zu schicken damit er diese schwierige und harte repressive Situation in der er sich befindet meistern kann. Denn der Faschismus wächst wenn dieser nicht bekämpft wird und die Gewalt dagegen ist immer gerechtfertigt.

Victor Laínez, fick dich!

[Deutschland] Schwanger im Knast – Bericht einer ehemaligen Gefangenen aus der JVA Bützow …

quelle: ggboberlin.blackblogs.org/

Folgenden Bericht einer vor drei Tagen entlassenen Gefangenen veröffentlichen wir, um die Zustände hinter Gittern für Schwangere aufzuzeigen:

Mein Name ist Nicole, ich bin 27 Jahre alt und komme aus Greifswald. Ich bin am 18.06.2018 selbstständig zur Haft angetreten. Zu der Zeit war ich in der 17. Woche schwanger. Am 19.06.2018 habe ich einen Antrag auf Haftunterbrechung zur Entbindung bei der Staatsanwaltschaft Stralsund (StA HST) gestellt. Laut Aussage der StA ist so etwas zum Mutterschutztermin möglich, der bei mir der 05.10.18 war. Ich habe den Antrag selbst gestellt und geschrieben, da ich auf Aussage von der Abteilungsleiterin Triebke auch in der JVA entbinden könnte, wenn ich den Antrag nicht stelle.

Vor der Inhaftierung war ich beim Feindiagnostiker der sagte, dass alles super ist und ich gesund sei. Am 26.06.18 war ich das erste Mal beim Frauenarzt in Gütrow, die mich dann zum Kontrolltermin beim Feindiagnostiker nach Rostock schickte, wo ich am 07.07.18 war. Dort sagte man mir, dass mein Kind ein erweitertes Nierenbecken hat, was man beobachten müsse. Die erste Zeit waren die Frauenarzt Termine regelmäßig – ab dem 23.07.18 allerdings nicht mehr. Da wurden erst Termine von der Anstalt nach langem Betteln meinerseits gemacht. Von August bis Ende September war ich nur ein Mal beim Frauenarzt.

Ich habe mehrmals bei Frau Triebke bezüglich des Antrags bei der StA nach dem Stand der Dinge gefragt. Daraufhin sagte sie mir, ich müsse von hier drin einige Papiere von Ärzten draußen besorgen, was ich innerhalb einer Woche auch tat und dann Frau Triebke gab. Ich habe sie mehrere Wochen gefragt, was mit meinem Vollzugsplan ist, da dieser mir nach 8 Wochen zusteht. Ihre Worte daraufhin: „Brauchen sie nicht, sie gehen eh nach hause, das sieht super aus“. Wegen dieser Aussage habe ich dann auf die Antwort der StA gewartet und jeden Tag nachgefragt, ob was kam. Am 17.09.18 sagte mir Frau Triebke, dass ich packen kann, ich würde wohl am 18.09.18 nach hause gehen dürfen, da würde auch der Brief der StA auch ankommen. Also tat ich das. Am 18.09.18 kam der Brief auch, aber nicht mit einer Zusage, sondern einer Ablehnung, da ich § 455 StPO nicht erfüllen würde. Ich stand da mit nichts und der Entbindungstermin (16.11.18) rückte näher. Frau Triebke war dann eine Woche nicht in der JVA und als sie den Dienst wieder antrat, entschuldigte sie sich mehrmals für ihr Versprechen – half mir natürlich nicht. Am 26.09.18 haben wir dann den Vollzugsplan erstellt, wo mir Lockerungen nach §§ 38 und 42 zugesichert wurden. Dies hat auch geklappt. Am 01.10.18 war ich das erste Mal für 4 Stunde begleitet draußen.

Am 08.10.18 war ich zur Kontrolle beim Frauenarzt, wo sie feststellte, das mein Muttermund verkürzt war, was aber im Juli auch schon mal festgestellt wurde. Darauf bin ich ins Krankenhaus nach Güstrow zur Abklärung gefahren, dort sagte man mir, das sei nicht so schlimm (…). Darauf wurde ich wieder in die JVA zurück gebracht. Meine Ausgänge für Oktober konnte ich dann alle nicht machen, da Frau Triebke der Meinung war, es wäre zu gefährlich. Ich habe dann von hier alle nötigen Aufträge zur Ausstattung des Kindes gestellt (…).

Am 26.10.18 haben morgens um 5 Uhr die Wehen eingesetzt. Ich bin selbstständig mit dem Krankenwagen ohne Beamten ins Krankenhaus nach Güstrow gefahren. Ich hatte auch keine Überwachung, weil ich laut Vollzugsplan ab Entbindung alleine ins Krankenhaus durfte. Dort habe ich bis zum 27.10.18 mit den Wehen gekämpft, der Muttermund war drei Zentimeter geöffnet. Danach war plötzlicher Wehenstopp. Ich habe den ganzen Tag gebettelt, das ich wenigstens einen Wehentropf bekomme, aber die neue Schicht (Ärztin) wollte mir keinen geben, obwohl die frühere Schicht es angeordnet hatte. Am 27.10.18 wurde ich dann nochmal untersucht, woraufhin die Ärztin sagte, es sei alles super. (…) So bin ich am 27.10.18 in die JVA zurück. An diesem Tag sagte mir die Hebamme, dass das CTG nicht so gut sei, der Kleine sei zu schläfrig. Darauf sagte aber die Ärztin, dass sei nicht so wild, wir sollen alle 2 Tage zur Kontrolle kommen. Am 30.10.18 war ich dann beim Kontrolltermin. Ich habe seit dem 28.10.18 über Schmerzen im Unterbauch geklagt, woraufhin niemand was gemacht hat, nicht mal der Arzt hier. Am 30.10.18 sagte man mir, dass das CTG nicht gut sei, das Kind sei zu ruhig und schickten mich aber, obwohl ich sagte, dass ich Schmerzen habe, in die JVA zurück.

Ab dem 31.10.18 habe ich dann andauernd das Gefühl gehabt, in die Hose gemacht zu haben, aber es interessierte niemanden. Die Schmerzen wurden schlimmer, ich bekam nur Paracetamol. Am 01.11.18 war ich zum Ausgang mit einer Beamtin draußen, wo ich merkte, dass es schlimmer wird. Gegen 16:30 Uhr teilte mir dann die Abteilungsleiterin mit, dass die Staatsanwaltschaft plötzlich genehmigt hatte, dass ich ab der Entbindung nach Hause und draußen mit meinem Kind auf einen Mutter-Kind-Platz in Neustrelitz warten könnte. 15 Minuten später ist mir auf den Freistundenhof die Fruchtblase geplatzt, woraufhin die Beamten einen Krankenwagen riefen. Ich bin erst nach einer langen Diskussion ins Krankenhaus gefahren, weil die Sanitäter meinten, ich könnte auch in der Zelle entbinden.

Angekommen im Krankenhaus ging es recht schnell und ich habe um 19:14 Uhr entbunden. Ich hielt meinen Sohn in den Händen, er gab keinen Ton von sich, er war im ganzen Gesicht blau. Die Ärzte haben ihn dann knapp 1 ½ Stunden reanimieren müssen. Nach einer Weile kamen die Ärzte und sagten, er sei leider zu instabil, es würde nichts bringen, Ihn an den Maschinen zu lassen – er hätte keine Überlebenschancen. Er hatte am ganzen Körper Einblutungen – ohne Maschinen konnte er nicht atmen. Ich musste dann die Entscheidung treffen, ob die Maschinen abgestellt werden sollen. Er öffnete seit der Geburt nicht einmal die Augen oder schrie. Um 22:35 Uhr habe ich die Maschinen abstellen lassen – er ist um 22:40 Uhr verstorben. Ich wusste weder wohin mit mir, noch sonst irgendwas.

Am 02.11.18 kam Frau Triebke zu mir ins Krankenhaus. Der erste Satz von ihr war „Wollen sie noch ein Kind?“, danach hat sie mir gleich gesagt, meine Lockerung sei erloschen und das sie mir gleich einen Beamten mitgebracht hätte zur Überwachung. Zum Schluss gab sie mir bekannt, dass die Vereinbarung mit der StA nicht mehr gilt. Trotz dessen, das mein Kind noch auf dem Kreißsaal lag, damit ich mich in Ruhe verabschieden kann, sollte ich entweder ins HKH oder in die Warnowklinik. Dies verneinte ich, denn es stand mir zu, mich zu verabschieden. Am 03.11.18 bin ich dann in die JVA zurück und habe mein Kind zur Obduktion freigegeben. Ich kann überhaupt nicht beschreiben, wie ich mich gefühlt habe. Am 05.11.18 habe ich dann selbstständig beim Landgericht und StA HST angerufen und die neue Situation mitgeteilt. Gleichzeitig habe ich Haftunterbrechung zur Beerdigung und zum Trauern beantragt, was auch wieder abgelehnt wurde. Ich habe dann den Termin beim Bestatter sowie für die Beerdigung mit der Beamtin Möhr gemacht, die mich in dieser Zeit sehr unterstützt hat. Sie hat auch dafür gesorgt, dass ich mit einer Psychologin sprechen kann. Die Anstalt selbst hat das alles nicht interessiert.

Am 13.11.18 habe ich meinen Sohn beerdigt. Nach der Beerdigung habe ich entschieden, dass ich arbeiten möchte, zur Ablenkung. Ich musste alleine meinen Mutterschutz aufheben lassen und selbstständig einen Termin beim Frauenarzt machen. Dafür, dass ich alles allein und selbstständig machte und von niemanden aus der JVA Unterstützung bekam, wurde ich von den Beamten auch noch beschimpft.

Nachdem ich dann endlich arbeiten durfte, hieß es, ich solle in die Verwaltung gehen, um mich für die Lockerung zu erproben. Frau Triebke hatte in dem Zusammenhang versprochen, dass ich Weihnachten draußen schlafen könne, dann hieß es vor ihrem Urlaub im Dezember, dass ich das vergessen kann. Herr Kampke hatte Vertretung bei uns und hat dann alles zum Laufen gebracht, sodass ich seit dem 15.12.18 regelmäßig draußen schlafe, denn ich habe am 28.01.19 2/3 und werde entlassen. Ich hätte nie gedacht, soviel Misst in der Haft zu erleben und soviel um alles alleine kämpfen zu müssen. Man bekommt hier als Schwangere keine Unterstützung und Hilfe, eher noch Vorwürfe, Verspottung und Steine in den Weg gelegt. Hätte man meine Aussagen zu meiner Gesundheit ab dem 26.10.18 ernst genommen, dann wäre mein Sohn nicht verstorben. Denn durch den offenen Muttermund und den psychischen Stress in der Schwangerschaft hat sich ein Riss der Fruchtblase zugezogen und wahrscheinlich hat mein Kind eine Blutvergiftung bekommen. Ganz genau weiß ich aber nicht, woran mein Kind gestorben ist, weil ich auf den Obduktionsbericht keinen Zugriff habe. Alle Ämter fühlen sich nicht angesprochen und nicht zuständig. Keine Schwangere, auch wenn sie straffällig geworden ist, hat so ein Verhalten verdient. Ich habe so eine Hilflosigkeit noch nie erlebt. Hier in Bützow ist die medizinische Versorgung das letzte, man muss wochenlang betteln, dass man zum Arzt kommt – als Schwangere erst recht. (…)

Anscheinend hat die JVA Bützow aus meinen Fall auch nicht gelernt, denn wir haben seit 4 Wochen wieder eine Schwangere hier, die im 8. Monat ist und an einer Risikoschwangerschaft leidet. Sie sollte alle 2 Tage zur Kontrolle – nichts passiert.

Das Frauen in der Gesellschaft strukturell benachteiligt sind, ist vielen Menschen bewusst. Insbesondere schwangere Frauen erleben immer wieder die diskriminierenden Verhaltensmuster, sei es von der breiten Gesellschaft, in Krankenhäusern, auf der Arbeit oder auch in ihrem engeren Umfeld.

Wenig beachtet werden allerdings schwangere Frauen in Haft – ihre Situation ist um einiges verschärfter als die der Frauen außerhalb der Anstaltstoren. Sie sehen sich mit ständiger Diskriminierung, Repression, Unterdrückung, Schikane, Verspottung, Vorwürfen und Vorurteilen konfrontiert und haben aufgrund der Verhältnisse innerhalb der totalen staatlichen Institution ‚Knast‘ kaum die Möglichkeit, über ihren Körper selbst zu bestimmen. Nicht sie entscheiden, wann, wo und wie das Kind geboren wird und was mit ihrem Körper in der Schwangerschaft passiert, sondern der Knast. Die breite Öffentlichkeit interessiert das nicht.

Uns allerdings schon und wir wissen uns zu wehren.

SOLIGRUPPE BERLIN DER GG/BO

KNÄSTE ABSCHAFFEN!

FREIHEIT FÜR ALLE!